



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 20. Januar 1881.

Nr. 32.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 19. Januar.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Bitter mit mehreren Kommissarien.

### Tagesordnung:

1. Berathung des Antrages des Abg. von Tiedemann und Genossen betreffend die Ausgabe von Staatspapieren auf Namen.

Der Antrag geht dahin, die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwähnung zu ziehen, ob nicht die freie Begebung von Anleihen auf Staatspapiere auf Namen einzuführen sei.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag des Abg. Beisert vor, demzufolge die Staatsregierung aufgefordert werden soll, 1) den § 49 Tit. 15 Theil I des Allgemeinen Landrechts in dem Sinne auszuführen, daß die Hauptverwaltung der Staatschulden Staatspapiere, welche auf den Inhaber lauten, auf Antrag des Inhabers in Papiere auf Namen umschreibt und solche Umschreibungen auf Antrag des legitimirten Gläubigers durch Rückumwandlung in ein Inhaberpapier wiederum aufhebt; 2) dem Landtage der Monarchie einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 48 Tit. 15 Theil I des Allg. Landrechts betreffend die Auferkourssetzung von Staatspapieren und die zur Ausführung dieser Bestimmung erlassenen Gesetze aufhebt.

Abg. v. Tiedemann begründet seinen Antrag, indem er zunächst seine Verwunderung darüber ausspricht, daß wir in Preußen diese Einrichtung noch nicht besitzen, während sich dieselbe in fast allen europäischen Staaten und Nordamerika als segensreich wirkend vorfindet. Es handele sich hierbei um eine Einrichtung, welche bei Anlage von Kapitalien die größere Sicherheit, Billigkeit und Bequemlichkeit bietet. Diese Einrichtung wirke namentlich segensreich für jenen, die vermöge ihrer Lebensstellung sich nicht fortlaufend über die Chancen des Effektenmarktes unterrichten können, vor Allem also für Witwen und Waisen, namentlich zur Anlage von Pupillargeldern.

Sehr günstig würde diese Institution auch wirken in Bezug auf Konservirung größerer Kapitalien, auch würde dieselbe anregend auf die Sparsamkeit wirken und auch aus diesem Grunde empfehle sich die Annahme seines Antrages. Sein Antrag würde ferner zur Folge haben, daß eine Menge von Kapitalien, die heutz in anderen, weniger Sicherheit hielenden Papieren angelegt sind, sich dieser Art von Staatspapieren zuwenden werden; es wird überhaupt die Möglichkeit geschaffen werden, den Kapitalbesitz sicher anzulegen. Die Aufer- und Wiederinkourssetzung von Staatspapieren habe von sachkundiger Seite eine absolute Verurtheilung erfahren. Nedner erklärt sich übrigens damit einverstanden, daß auch die älteren auf Inhaber lautenden Staatspapiere auf Namen umgeschrieben werden können. Was den Antrag Beisert anlangt, so sei derselbe zwar mit seinem Antrage in den Zielen identisch, doch ließe sich die Tragweite desselben nicht übersehen. Der Nedner bitte deshalb, beide Anträge der Regierung zu überweisen.

Es folgen II. Petitionen.

1) Eine Petition des ehemaligen Eisenbahnamtlichen Dirschniet aus Landeck, seinen Anspruch auf eine Pension von  $\frac{1}{4}$  seines Gehalts dem Herrn Arbeitsminister zur Berücksichtigung zu empfehlen, wird nach längerer Debatte, da dem Petenten der Rechtsweg offen stehe, abgelehnt.

Die Gemeinde Sielrop, Kreis Soest, bittet, dem Beschlüsse der Gemeindesvertretung dasselbst die Bestätigung entziehen zu wollen, welche das neu zu erbauende Schulhaus an einem für einen großen Theil der Gemeinde unbestrittenen und entlegenen Platz erbauen will.

Die Kommission für Unterrichtswesen beantragt durch den Abg. Dr. Langenhans Überweisung an die Staatsregierung zur nochmaligen Erwähnung.

Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Der Lehrer Olbrich in Kochlowitz, Kreis Katowitz, remonstriert gegen die Feststellung seines Stelleneinkommens und das davon zu entrichtende Emeritendrittel.

Die Unterrichtskommission beantragt durch den Abg. Dr. Franz: „Die Petition der königlichen Staatsregierung mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß das Einkommen des Lehrers Olbrich in Kochlowitz angemessen erhöht werde.“

Diesem Antrag tritt das Haus bei.

Dieselbe Kommission beantragt durch den Abg. Jübel, über eine Petition zu Heilsberg, welche sich darüber beschwert, daß der Kreisinspektor als ständiger Kommissarius der königl. Regierung an allen Sitzungen der Stadtschuldeputation Theilnehme und seine Stimme abgebe, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Höffer und Dr. Windhorst

beantragen Überweisung an die Regierung zur Be-

rücksichtigung und befürwortet letzterer diesen An-

trag dadurch, daß Heilsberg nicht zu den großen

Städten gehöre.

zwischen beiden Arten von Papieren zum Schaden des Staates und der Verwaltung führen. Nach der Bemerkung, welche der Abg. von Tiedemann gemacht, kämen sich beide Anträge sehr nahe und er fände sich nunmehr in der Lage, die Anträge in wohlwollende Erwähnung zu nehmen. Er werde namentlich die Frage prüfen, ob ein wirkliches Bedürfnis zur Ausgabe solcher Papiere anzuerkennen sei.

Wenn indeß Herr v. Tiedemann ausgesprochen, daß solche Papiere eine größere Sicherheit, Bequemlichkeit und Billigkeit bieten, so erkenne er (Nedner) zwar an, daß die Sicherheit eine höhere möge, obgleich die Deponirung bei der Bank in dieser Beziehung kaum etwas zu wünschen übrig lasse; was aber die Billigkeit und Bequemlichkeit der Namenspapiere anlangt, so würde er diese in Abrede stellen müssen, wenn wir uns den in anderen Ländern in dieser Beziehung bestehenden Einrichtungen anschließen wollten. Der Minister erklärt sodann, daß er die Ausgabe von Papieren auf Namen nur so verstehe, daß der Verkehr in denselben nicht in ungehörlicher Weise erschafft wird. Von diesen Gesichtspunkten aus werde er den Antrag in sorgfältige Erwähnung ziehen.

Abg. Kalle erklärt sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Schon vor langeren Jahren sei einmal eine ähnliche Umwandlung eingetreten und dadurch der damalige Cour der preußischen Staatsanleihen sehr gehoben worden. Auch jetzt noch halte sich die Hamburger 3% prozentige Rente auf denselben Wege höher als die 4prozentige preußische Anleihe. Die Vortheile dieser Umschreibung auch in Bezug auf Sicherung des Besitzes halte er gleichfalls für ganz unzähbar. Daß der Antrag Tiedemann zu diesem Ziele führen muß, sei nicht richtig; das könne nur geschehen, wenn gleichzeitig der Antrag Beisert zur Annahme gelange.

Abg. Frantz findet dagegen, daß die Annahme des Antrages Tiedemann in Bezug auf unsere preußische Staatsgesetzgebung gar nichts ändern würde. Der Antrag Beisert aber verlange lediglich eine Auslegung im Wege der Instruktion; das sei ein sehr unschuldiges Mittel, welches aber die Natur der Inhaberpapiere nicht ändern könne. Er empfiehle, den Antrag Beisert fallen zu lassen und einfach den Antrag Tiedemann der Regierung zur Erwähnung zu überweisen.

Bei der Abstimmung werden beide Anträge der Regierung zur Erwähnung überwiesen.

Es folgen II. Petitionen.

1) Eine Petition des ehemaligen Eisenbahnamtlichen Dirschniet aus Landeck, seinen Anspruch auf eine Pension von  $\frac{1}{4}$  seines Gehalts dem Herrn Arbeitsminister zur Berücksichtigung zu empfehlen, wird nach längerer Debatte, da dem Petenten der Rechtsweg offen stehe, abgelehnt.

Die Gemeinde Sielrop, Kreis Soest, bittet, dem Beschlüsse der Gemeindesvertretung dasselbst die Bestätigung entziehen zu wollen, welche das neu zu erbauende Schulhaus an einem für einen großen Theil der Gemeinde unbestrittenen und entlegenen Platz erbauen will.

Die Kommission für Unterrichtswesen beantragt durch den Abg. Dr. Langenhans Überweisung an die Staatsregierung zur nochmaligen Erwähnung.

Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Der Lehrer Olbrich in Kochlowitz, Kreis Katowitz, remonstriert gegen die Feststellung seines Stelleneinkommens und das davon zu entrichtende Emeritendrittel.

Die Unterrichtskommission beantragt durch den Abg. Dr. Franz: „Die Petition der königlichen Staatsregierung mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß das Einkommen des Lehrers Olbrich in Kochlowitz angemessen erhöht werde.“

Diesem Antrag tritt das Haus bei.

Dieselbe Kommission beantragt durch den Abg. Jübel, über eine Petition zu Heilsberg, welche sich darüber beschwert, daß der Kreisinspektor als ständiger Kommissarius der königl. Regierung an allen Sitzungen der Stadtschuldeputation Theilnehme und seine Stimme abgebe, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Höffer und Dr. Windhorst

beantragen Überweisung an die Regierung zur Be-

rücksichtigung und befürwortet letzterer diesen An-

trag dadurch, daß Heilsberg nicht zu den großen

Städten gehöre.

Finanzminister Bitter: Papiere auf Na-

men ausgeben zu können, würde zur Konkurrenz

Ein Regierungs-Kommissar erklärt sich gegen den Antrag Windhorst, so wie in Heilsberg sei in allen Städten, außer in den ganz kleinen, verfahren worden.

Abg. Höffer hebt hervor, daß Heilsberg zweifelsohne zu den kleinen Städten gehöre.

Abg. Blaten: Die Organisation der Schuldeputation in Heilsberg, die derjenigen für große Städte entspräche, rechtfertige die Entscheidung der Regierung.

Das Haus tritt dem Kommissionsantrage bei.

39 Justizaktuarien petitionieren in einer Reihe von Petitionen, die sie theils als Gerichtsschreiber gebilden, theils als Hilfsarbeiter diätatisch beschäftigt würden, theils um Vermehrung der Gerichtsschreiberstellen, event. eine Vermehrung der ständigen diätatischen Gerichtsschreiberstellen und Ergänzung des Diätensatzes.

Das Haus beschließt auf Antrag der Justizkommission, die Petitionen der königl. Staatsregierung zur Erwähnung und, soweit sie eine Verbesserung des Dienstinkommens für die Zukunft betreffen, zur thunlichsten Berücksichtigung bei Aufstellung des nächstjährigen Etats zu überreichen.

Eine große Anzahl von waldbestehenden Gemeinden aus dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen petitionieren um Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juli 1876 betreffend Waldservituten.

Die Agrarkommission empfiehlt, einige Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, während Abg. v. Risselmann Tagesordnung beantragt.

Minister Dr. Lucius schließt sich dem Antrage Risselmann an.

An der Debatte beteiligen sich die Abg. Graf Matuschka, v. Beninghausen, Dr. Schläger und der Referent Sombart.

Das Haus tritt dem Antrage der Kommission bei.

Neun zur Bürgermeisterei Baumholder (Kreis St. Wendel) gehörige Gemeinden sind durch den Ortsvorsteher Kunz zu Reichenbach schon wiederholt bei dem Abgeordnetenhaus vorstellig geworden wegen der von der königl. Regierung zu Trier angeordneten und ungeachtet ihres Protestes durch einen damit beauftragten Oberförsterkandidaten eingeführten neuen Oberförsterpläne, und bitten, daß die Summe von 4898 M., welche sie für diese Pläne gezwungen entrichtet, ihnen erstattet werde.

Die Agrarkommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung an die Regierung, während Abg. v. Hagen Tagesordnung beantragt.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Endlich ist von dem Deicherverbande Bursten (Kreis Lehe) bereits wiederholt eine Petition, Wasserbauostenentschädigung betreffend, eingereicht worden.

Das Haus geht ohne Debatte nach dem Kommissionsantrage zur Tagesordnung über.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Gesetze, Zuständigkeitsgesetze.

Schluss 4 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Die „Prov.-Korr.“ schreibt: Unser Kaiser war in den jüngsten Tagen durch eine leichte, mit Heiterkeit verbundene Erfahrung genötigt, das Zimmer zu hüten; gegenwärtig ist jedoch die Unpäßlichkeit beinahe ganz wieder gehoben. Die regelmäßigen Arbeiten des Kaisers haben keine Unterbrechung erfahren und am Sonnabend (15. Januar) wurde der Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Am Sonntag (23.) beginnt mit dem Krönungs- und Ordensfest die Reihe der großen Festlichkeiten am Allerhöchsten Hofe.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ spricht sich in ihrem leitenden Artikel ausführlich gegen den Antrag Windhorst aus und hebt am Schlusse desselben hervor, daß Herr Windhorst, wenn er nur die Not der Kirche und deren Abschüsse im Auge habe, schon heute wissen müsse, wohin er seinen Antrag, seine dringenden Vorstellungen und Bitten zu richten hat.

## Ausland.

Paris, 19. Januar. Das absolute Schweigen des Liebhabers Gambetta, der „République Française“, über das Rundschreiben Barthélémy's, wird von der rothen und schwarzen Opposition

tüchtig ausgebeutet. Es verlautet, Gambetta wird als neugewählter Kammerpräsident sofort eine höchst friedliche Rede halten. Die sogenannte Interpellation Proust soll am 31. Januar verhandelt werden. Die Wiederwahl Leon Say's zum Präsidenten des Senats scheint gesichert.

Ein Mitglied der Enquete-Kommission in der Affaire Eiffey wird demnächst den Antrag auf Schluß der Arbeiten stellen. Gegen Eiffey wurde absolut nichts Gravirendes vorgefundene. Laisant wurde abermals wegen Verleumdung der Kriegsverwaltung belangt.

Die offizielle Statistik weist 7014 ausgetriebene Geistliche nach. Darunter sind 2464 Jesuiten, 406 Kapuziner, 1450 Trappisten, 409 Franziskaner.

Die Regierung hat das Prinzip der vom Staate arrangierten Ausstellungen vollkommen aufgegeben. Schon der nächste Salon wird ganz von den Künstlern organisiert sein.

Es steht eine Untersuchung darüber bevor, wer von den französischen Angestellten in Wien der „Presse“ die Birtulare Barthélémy's mitgetheilt hat.

Der „National“ demonstriert das Gerücht, die Amortissable werde schon im Februar ausgegeben werden.

Petersburg, 19. Januar. Der Magnetiseur Hansen, bei dessen erster Vorstellung vor einem kleinen Kreise von Gelehrten bereits die Großfürsten Wladimir und Alexei anwesend waren, wurde am vorigen Freitag Abend in das Palais des Großfürsten Wladimir berufen. Er fand da selbst zu sein.

Bei einem gelösten es ihm, die vollen „Mystagonen“ zu erzeugen. Besondere Heiterkeit eregte es, als der Hypnotisierte auf Befehl Hansen's einen ihm in den Arm gelegten Cylinderkut als Wickelkind wiegte. Der Kaiser, sowie alle Versammelten folgten mit dem regsten Interesse den verschiedenen Experimenten.

Petersburg, 19. Januar. Wie ungemein schwierig die Verpflegung der russischen Truppen vor Geotope ist und wie anders die „nicht offiziösen“ Angaben über den dortigen Verlust lauten, möge aus folgendem erhellen:

Einem der bisherigen Haupt-Verpflegungslieferanten wurde jüngst die größte Eile anbefohlen. Derselbe erklärte, er könnte unter den bisherigen Bedingungen nicht mehr leisten. Sofort bewilligte man ihm 50 Prozent Aufschlag, da man Proviant-Mangel befürchtet. In den letzten Monaten, inklusive Dezember, gingen von dem Ufer des Kaspiischen Meeres gegen 100 Transporte ab, doch nur 20 erreichten den Bestimmungsort, die anderen wurden von den Tekinen abgefangen. Dem letzten großen Transport, der ebenfalls angegriffen wurde, ritt der General Skobelev mit 300 Kosaken selbst entgegen, rettete denselben schließlich, verlor aber an Todten und Verwundeten gegen 200 Mann. Der Feldtelegraph ist ebenfalls an verschiedenen Stellen von den Tekinen zerstört.

Brisbane (Australien), 30. November. Ernst Giles, der bekannte Forschungsreisende, hat vor mehreren Monaten eine Tour nach dem Nordwesten angestellt und beabsichtigte, nur einige Monate auszubleiben. Am 17. August hat er von Mount Eba geschrieben, daß er in zwei Monaten zurück sein würde. Jetzt sind schon drei Monate seitdem vergangen, ohne daß irgend eine Nachricht von ihm eingetroffen wäre, und da man gehört hat, daß sich feindliche Eingeborenenstämme in jenen Gegenen versammelt haben, so fühlt man einige Unruhe über die verlängerte Abwesenheit.

Sechs aus Neukaledonien entsprungene Sträflinge sind nach 18-tägiger Fahrt in einem kleinen Boot auf Frazer's Island angelommen. Sie wurden jedoch gefangen eingezogen und sollen ausgeliefert werden. Von den Salomons-Inseln ist über einen jener Ausbrüche von Bestialität zu berichten, wie sie in der letzten Zeit unter den Südsee-Inseln häufig vorkommen sind. Der Schooner „Borealis“, eines der vielen Schiffe, welche zwischen den Inseln kreisen, um unter den Eingeborenen Arbeiter für die Plantagenbesitzer und Farmer von Tidjchi und Samoa anzuwerben, wurde am 15.

